

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbm d

Inhalt

Andreas von Bülow MdB zur
Brüsseler Erklärung der
NATO: Die Militärbündnisse
vor dem Dialog. Seite 1

Robert Antretter MdB zur
Situation bei der Westeu-
ropäischen Union: Die Passi-
vität muß überwunden wer-
den. Seite 3

Erich Wolfram MdB zur La-
ge im Bergbau: Kumpels ha-
ben Angst vor Zechenschlie-
ßungen. Seite 4

Dr. Hans-Joachim Seeler
MdEP zur Technologiepart-
nerschaft EG/USA: Brüchig
durch Washingtoner Handels-
Restriktionen. Seite 6

41. Jahrgang / 238

12. Dezember 1986

NATO und WP vor dem Dialog

Abhängigkeit von Nuklearwaffen beseitigen, konventionelle Stabili-
tät anstreben

Von Andreas von Bülow MdB
Vorsitzender der Sicherheitspolitischen Kommission der SPD

Wer, wie die Bundesrepublik, ein atomarer Habenicht्स ist und sich auch keine Nuklearwaffen zulegen will, sollte an einer Welt mitarbeiten, die auf den Einsatz von Nuklearwaffen verzichten kann und diese abschaffen will. Reagan strebt diese Welt über den SDI-Umweg an. Gorbatschow schlägt eine vereinbarte und kontrollierte Vernichtung vor. In Reykavik sind sich die Positionen so nahe gekommen, daß den Falken vermutlich beider Lager, deutlich erkennbar jedoch in Washington, Angst und Bange geworden ist. Just in diesem Moment beginnt die Demontage von Reagan.

Wer Nuklearwaffen großer und mittlerer Reichweite und schließlich auch die Kurzstreckenwaffen bis hin zur nuklearen Artillerie beseitigen will, stößt zwangsläufig auf die konventionelle Problematik. Hier ist die Vorstellungs- und Abrüstungswelt der Armeen in West und Ost auch in der gedanklichen Durchdringung beim Zweiten Weltkrieg stehen geblieben. Auf beiden Seiten haben sich die Panzer-Monomanen durchgesetzt. Diese Streitkräfte, in welchem Zahlenverhältnis auch immer, können eine militärisch stabile Lage nicht vermitteln. Sie wirken bedrohlich.

Ausgeschiedene Offiziere der Bundeswehr, ehemalige Wehrmächtsangehörige und beharrlich die Wissenschaft drängen schon seit Jahren auf ein Überdenken der militärischen und politischen Zusammenhänge der westeuropäischen Verteidigung. An Vorschlägen bis in hohe Detaillierungsgrade hinein fehlt es nicht.

Die SPD hat diese Fragestellung aufgenommen und in Gesprächen auch mit politischen und militärischen Fachleuten der Sowjetunion und anderer Staaten der Warschauer Vertragsorganisation eingehend diskutiert. Die anfängliche Reaktion noch vor zwei Jahren war skeptisch bis schroff ablehnend. Umso interessanter die neuen Töne Gorbatschows auf dem letzten Parteitag der KPdSU, wo er nicht nur von den Sicherheitsbedürfnissen der Sowjetunion und ihrer Verbündeten spricht, sondern auch die Sicherheitsbedürfnisse der gegenüberstehenden Völker anspricht und bereit ist, diese zu berücksichtigen.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
Printed in Bonn
Kreuz-Logo



Die Budapester Erklärung der WP-Staaten konkretisiert die Angebote der östlichen Seite. Die Stichworte sind: Abbau der Streitkräfte beider Seiten; Erster Schritt in zwei Jahren 100.000 bis 150.000 Mann; Gleichzeitiger Abbau der nuklearen Kurzstreckenwaffen; Abbau der Rüstung und Technik durch Vernichtung oder kontrollierte Lagerung; Freiwerdende Gelder dürfen nicht für neue Waffenbeschaffungen eingesetzt werden; Verringerung der Gefahr von Überraschungsangriffen und Festigung einer militärstrategischen Stabilität auf dem europäischen Kontinent; Kernwaffen- und chemiewaffenfreie Zonen als Möglichkeit der Festigung des Vertrauens und der Schaffung günstigerer Bedingungen; Kontrolle der vereinbarten Maßnahmen bis hin zur Vor-Ort-Inspektion.

Diese Erklärung vom Juni wurde jetzt im Dezember vom Nordatlantikat beantwortet. Die Unverzichtbarkeit der nuklearen Komponente wurde erneut unterstrichen. Das entspricht zwar amerikanischen und französischen Wünschen, sicher auch den militärischen Vorstellungen der Hardthöhe. Die Forderung schreibt jedoch die bundesrepublikanische Dauerabhängigkeit von fremden Nuklearschirmen fest. Ob dies im nationalen Interesse liegt, muß bezweifelt werden.

Im konventionellen Bereich lauten die Ziele der NATO-Vorstellung: Ein stabiles und gesichertes Streitkräfteniveau, das Ungleichgewichte beseitigt; ein stufenweiser Verhandlungsprozeß; die Beseitigung der Fähigkeit zum Überraschungsangriff oder zur Einleitung von groß angelegten, raumgreifenden Offensiven; die Berechenbarkeit militärischen Verhaltens; soweit möglich die Beseitigung regionaler Ungleichgewichte und schließlich wirksame Kontrollregelungen.

Die Vorstellungswelten beginnen sich also anzunähern. Zumindest in den öffentlichen Erklärungen. Der Test wird bei den Verhandlungen im Detail gemacht werden. Hier ist das Feld der öffentlich nicht zu kontrollierenden Korinthenkacker beider Seiten, die Durchbruchsergebnisse an jeder kleinen Detailfrage scheitern lassen können.

Ogleich die jetzt anstehenden Verhandlungen die Bundesrepublik im Kern ihre Verteidigungspolitik berühren, verharret die Wörnersche Hardthöhe in einer Wagenburg der aus dem Zweiten Weltkrieg zum Teil sogar fehlerhaft abgeleiteten Militärdogmatik. Panzer, Panzer, Panzer ist die Devise, auch wenn das Geld nicht mehr reicht und wenn das Personal nicht mehr zur Verfügung steht. Die vielen Vorschläge, wie man die Verteidigungsfähigkeit beider Seiten unter Zurücknahme der Offensivkomponenten sogar wirksamer als bisher gestalten könnte, werden vom Bundesverteidigungsministerium nicht untersucht.

Der Denktank der Bundesregierung, die IABG in München, oder das hierfür ebenfalls geeignete Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr in Bensberg haben bisher keine entsprechenden Aufträge erhalten. Gleiches gilt für das Institut für Informatik der Bundeswehrhochschule München. Dort werden auf Initiative der Professoren zwar in einem Gefechtsmodell Alternativen getestet. Da die Ergebnisse nicht mit den von der Hardthöhe getroffenen oder gewünschten Entscheidungen übereinstimmen, werden sie entweder nicht zur Kenntnis genommen oder totgeschwiegen.

Wenn die deutsche Außenpolitik den furchtbaren Ansatz zwischen NATO und Warschauer Pakt ernsthaft vorantreiben will und nicht nur dem Show- und Wahlkampfgeschäft verschrieben ist, muß sie Einfluß nehmen auf einige Holzköpfe in und um die politische Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung. Das in Moskau zur Zeit zu beobachtende Tempo des Umdenkens im politischen und militärischen Bereich muß irgendwann auch in der deutschen Landschaft seine Entsprechung finden. Die Chancen sind schnell vertan. Gorbatschow braucht seine Erfolge. Der europäische Kontinent wartet auf eine dauerhafte und entspannte Friedensordnung. Der Schlüssel westlichseits liegt ganz wesentlich in Bonn.

(—/12.12.1986/rs/fr)

* * *



Die WEU muß ihre Passivität überwinden

Die Europäer müssen sich aktiv für die Friedenssicherung
und die Lösung der Zukunftsfragen einsetzen

Von Robert Antretter MdB

Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der Westeuropäischen Union

Europa braucht die Aktivität, nicht die Passivität, Europa und der Frieden brauchen Bewegung, wenn Europa im Jahre 2.000 nicht eine Attrappe zwischen den Blöcken in Ost- und West sein soll, wenn es nicht ein Koloß auf tönernen Füßen sein soll.

Wer den fast visionären Bekundungen des Ministerrates vor zwei Jahren in Rom glauben schenkte, kann dem bei der Herbstsession der WEU in Paris vorliegenden Bericht nur als ein Dokument der nicht eingelösten Versprechungen, der unterlassenen Informationen und der Untätigkeit ansehen. Einer Untätigkeit, die ganz offenkundig das Ziel hat, die Revitalisierung der WEU nicht zu betreiben, sondern zu verhindern.

Wie vital ist eigentlich eine Organisation, wenn die Parlamentarische Versammlung erst im Dezember 1986 in der Lage ist, ihre Stellungnahme zu den Aktivitäten des Rates vor dem 31. Dezember 1985 abzugeben? Warum werden die Grundsätze, auf die sich der Rat über SDI geeinigt hat, irgendwo im 31. Jahresbericht versteckt, statt deren Annahme zum Gegenstand einer Pressekonferenz oder zumindest eines Communiqués zu machen?

Wo bleibt die Ausführung des Beschlusses, im Rahmen des Generalsekretariats einen Pressedienst zu schaffen? Außerhalb der WEU, in Kommentaren der internationalen Presse, gibt niemand der Revitalisierung eine Chance - soweit die WEU überhaupt ein Thema für die Presse ist!

In Rom und danach war immer wieder gesagt worden, die WEU sei auch deshalb das geeignete Instrument für eine wirksame Sicherheits-, Verteidigungs- und Friedenspolitik, weil sie eine Organisation mit einer Parlamentarischen Versammlung sei. Wie ernst ist das angesichts des Nullwachstums, das die Versammlung zunehmend daran hindert, sich an der Reaktivierung der WEU zu beteiligen, zu nehmen? Die Versammlung kann nur wirksam sein, wenn sie Budgetrecht hat und wenn der Europäische Rechnungshof das Haushaltsgebaren prüft.

Welches sind nun eigentlich die Aktivitäten des Rates der WEU zu Fragen der Abrüstung in einer Zeit, da diese Problematik im Brennpunkt des Interesses steht? Wird der Rat die Fragen der Abrüstung und Rüstungskontrolle in der Situation nach Reykjavik mit einer gewissen Priorität behandeln? Wie ist die Meinung der WEU zu den Vorschlägen Gorbatschows vom 15. Januar 1986 und des Warschauer Pakts vom Juni 1986? Leider ist der Tätigkeitsbericht des Rates für das erste Halbjahr 1986 hierzu genauso unbefriedigend wie der Bericht für die Zeit bis zum 31. Dezember 1985, da er keine Aussage über eine mögliche gemeinsame Position der Europäer erhält.

Wann wird der Rat zu Reykjavik und zu SALT II Stellung beziehen? Ist der Rat bereit, denen entgegenzutreten, die jede kleine Hoffnung am Abrüstungshorizont mit neuen Hürden zerstören, um dem Weiterrüsten nicht im Wege zu stehen? Viel Zeit bleibt nicht mehr. Ministerreden können die Mängel des Rates kaum mehr zudecken. Der Rat steht im Begriff, sein gesamtes Ansehen zu verlieren. Die Parlamentarische Versammlung kann nicht hoffen, daß ihr das Ansehen, das sie bisher genossen hat, erhalten bleibt, wenn es dem Rat nicht gelingt, dafür zu sorgen, daß der Reaktivierung der WEU wirkliche Substanz verliehen wird. Nur dann kann erfolgreich an einem eigenständigen Pfeiler innerhalb des Bündnisses gearbeitet werden. (-/12.12.1986/vo-he/rs)

* * *



Bedrückende Weihnachten für die Bergleute

Die Kumpel haben Angst vor „Feierschichten“ und Zechenschließungen

Von Erich Wolfram MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Energie der SPD-Bundestagsfraktion

Die deutschen Bergleute und ihre Familien werden kein „frohes Weihnachtsfest“ begehen können. Und das nicht nur wegen der unsozialen Behandlung des Weihnachtsgeldes durch die konservative Regierungskoalition.

Viel mehr bedrückt sie die Lage ihres Wirtschaftszweiges am Übergang von 1986 nach 1987.

Die Leistung der Bergleute steigt, reale Kosten der Förderung werden über drei Jahre stabil gehalten und trotzdem geht der Absatz zurück und steigen die Halden.

Die Perspektiven für das nächste Jahr sind alles andere als rosig. Im Gegenteil: Schwarze Wolken ziehen über den Revieren an Saar, Aachen und Ruhr auf. Werden ihnen bald schwarze Fahnen folgen?

Noch liegt es in der Hand der Politik, das zu verhindern. Denn die Bergleute sind nicht schuld an einer dramatisch verschlechterten Absatzsituation an die notleidende Stahlindustrie. Sie sind nicht verantwortlich für ein derzeit niedriges Energiepreisniveau auf dem Weltmarkt. Das kann sich schnell ändern. Der Dollarkurs ist auch nicht beeinflussbar. Aber er potenziert die Schwierigkeiten, nicht zuletzt wegen des dadurch steigenden Bedarfs von Bundes- und Landeszuschüssen für die Kokskohlenbeihilfe.

Die nächste Serie von „Feierschichten“ - eine mehr als höfliche Umschreibung für „Kurzarbeit“ - steht den Bergleuten ins Haus.

Weitere Zechenstilllegungen stehen an und vier Kokereien an der Ruhr werden geschlossen und an deren Stelle wird nur eine neue gebaut.

Die Bergbauspezialgesellschaften und die Bergbauzuliefererindustrie erhalten immer weniger Aufträge.

Was kann, was muß in einer solchen Situation geschehen?



Zunächst muß die Verunsicherung der Bergleute und des Bergbaus aufhören. Ankündigungen und Forderungen der Bundesregierung, die Koks- und Koks-kohlenexporte aus der Bundesrepublik Deutschland in die Nachbarländer der Europäischen Gemeinschaft müßten auf Null zurückgeführt werden, müssen zurückgenommen werden. Denn sonst steht die nächste Runde der Stilllegung von vier bis fünf Zechen und die Vernichtung weiterer 20.000 bergmännischer Arbeitsplätze und der gleichen Zahl in nachgeschalteten Bereichen demnächst an.

Es muß auch Schluß gemacht werden mit der Drohung, wer gegen die Kernenergie sei, mache die Kohle kaputt. Das ist schlicht und einfach falsch!

Wer für Konsens und Versachlichung in der Energiepolitik eintritt, muß nüchtern und objektiv die Auswirkungen einer schrittweisen Verringerung von Kernkraftwerkskapazitäten prüfen. Er wird zunächst verhindern müssen, daß zusätzliche neue Kernkraftwerkskapazitäten die heimische Steinkohle und Braunkohle weiter verdrängen beziehungsweise bedrohen. Er muß sich sehr schnell für eine Verlängerung des Kohle-Verstromungsvertrages ohne Wenn und Aber einsetzen.

Eine Politik Kohle v o r Kernenergie ist das Gebot der Stunde und nicht Kernenergie vor Kohle.

Die Bundesregierung wäre deshalb gut beraten, dem Verstromungsfonds die finanziellen Mittel zu sichern, die er braucht, um die rechtlich und vertraglich bestehenden Ansprüche bedienen zu können.

Noch besser wäre es, wenn alle Beteiligten sich entschließen könnten, umgehend ein Programm des Baus neuer und umweltverträglicher Kohlekraftwerke aufzulegen und in den nächsten Jahren zu realisieren. Der Umwelt, der Beschäftigung und der Kohle wäre gedient.

Die Bundesregierung muß ferner dem Bergbau wieder Innovations- und Investitionshilfen gewährleisten.

Vor allem aber muß der Kohle im Wärmemarkt geholfen werden. Es ist unbegreiflich, daß das Fernwärmeprogramm nicht fortgesetzt wird. Wir fordern das.

Das alles bedarf öffentlicher Mittel. Das wissen wir. Aber so angelegte Zuschüsse sind Zukunftsinvestitionen und Prämien für die Sicherung unserer Energieversorgung.

Wir Sozialdemokraten stehen ohne Wenn und Aber zu einer Politik des Kohlevorrangs!

Wir fordern die Bundesregierung und die sie tragenden Koalitionsfraktionen auf, entsprechend zu handeln.

(-/12.12.1986/vo-he/rs)

* * *

Technologiepartnerschaft EG /USA wird brüchig**Washingtons Handels-Restriktionen zeigen Wirkung****Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP
Koordinator im Außenwirtschaftsausschuß des EP**

Daß die nordatlantische Sicherheitspartnerschaft zwischen den USA und den EG-NATO-Staaten durchaus eine handelspolitische Konkurrenz der beiden Wirtschaftsmächte verträgt, wissen wir seit langem. Daß aber diese Sicherheitspartnerschaft offenbar nicht auf einem gegenseitigen wohlbegründeten Vertrauen beruht, das müssen wir in jüngster Zeit immer häufiger erfahren. So sind die Bedingungen der technologischen Zusammenarbeit durch die Änderung des amerikanischen „Export Administration Act“ und anderer Bestimmungen in jüngster Vergangenheit erheblich verschärft worden. Nicht nur die Geschäfte mit hardware-, sondern auch die mit software-relevanten Technologien werden immer strengeren Bedingungen unterworfen. Sogar der mündliche Informationsaustausch kann genehmigungspflichtig sein. Diese Beschränkungen beziehen sich nicht nur auf militärisch relevante Produkte, sondern umfassen alle militärisch anwendbaren Technologien, auch solche, die überwiegend nichtmilitärisch genutzt werden. Selbst wenn Exporte aus den USA in die EG genehmigt werden, so unterliegt die Weiterverwendung, insbesondere der Wiederausport solcher Produkte oder Technologien in andere Staaten, der Kontrolle und Genehmigung von US-Instanzen. Dieser Eingriff amerikanischer Gesetzgebung in den Rechtsraum der EG und ihrer Mitgliedstaaten verletzt internationales Recht und kann unter gar keinen Umständen toleriert werden.

Die USA und die meisten EG-Mitgliedsstaaten arbeiten im Koordinierungsausschuß für die Ost-West-Handelspolitik (COCOM) zusammen. Erst kürzlich sind die COCOM-Bestimmungen vor allem auf Wunsch der USA verschärft worden. Die Überprüfungszeiträume für die Listen sind verkürzt worden. Diese Zusammenarbeit beider Partner zur Verhinderung sicherheitspolitischer relevanter Exporte in die Ostblockstaaten muß ausreichen, um den gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen zu genügen. Es ist nicht hinnehmbar, daß die amerikanischen Bestimmungen einseitig darüber hinaus gehen. Diese amerikanischen Maßnahmen beeinträchtigen in immer stärkerem Maße den Export europäischer Firmen in die Ostblockländer. Sie wollen Kollisionen mit den amerikanischen Gesetzen vermeiden und müssen dies insbesondere dann, wenn sie von einer Belieferung durch amerikanische Firmen für ihre Produktionen abhängig sind. Da aber im Ostgeschäft ein beträchtlicher quantitativer wie qualitativer Unterschied zwischen der EG und den USA besteht - der Ostexport der EG umfaßt im wesentlichen Industrieerzeugnisse, bei denen die Technologiefrage eine besondere Rolle spielt; der Ostexport der USA umfaßt im wesentlichen Agrarprodukte - verstärkt sich der Verdacht, daß weniger die betonte technologische Sicherheit als vielmehr diese Konkurrenz der eigentliche Anlaß für die Verschärfung amerikanischer Exportbestimmungen ist.

Wie können europäische Unternehmen und Forschungseinrichtungen sich bereit finden, an bedeutenden technologischen Projekten der USA teilzunehmen, wenn die freie Verfügbarkeit der entwickelten Forschungsergebnisse nicht gewährleistet ist? Wie kann überhaupt die nordatlantische Technologiepartnerschaft weiterentwickelt werden, wenn sie von einem derartigen Mißtrauen begleitet wird? Mittelfristig dürfte die gegenseitige Isolierung nicht nur für die europäische, sondern auch für die amerikanische Industrie nachteilig, wenn nicht sogar schädlich sein. Wie kann man Forderungen der Vereinigten Staaten, im Rahmen der neuen GATT-Runde den Dienstleistungshandel einbeziehen, unterstützen, wenn die Vereinigten Staaten dem grenzübergreifenden Datenfluß selbst erhebliche Behinderungen in den Weg legen?

Viel stärker als diese Fragen zwingen aber die jüngst bekannt gewordenen Fragen des amerikanischen Waffenexportes die europäische Seite dazu, ihre Position zu überdenken. Wenn auf der einen Seite dem europäischen Partner in steigendem Maße Mißtrauen gegenüber zutage tritt, auf der anderen Seite aber hochtechnologische Waffensysteme in die Volksrepublik China und, auf dem Umweg über Israel, seit Jahren nun schon in den angeblich so verhassten Erzfeind Iran exportiert werden, dann zwingt dies die europäische Seite immer nachdrücklicher, ihre technologischen Exporte in die USA und den Austausch von technologischem Know how mit den USA zu überdenken, denn wir Europäer sind daran interessiert, daß moderne, sicherheitsrelevante Technologie nicht in die Hände der uns feindlich gegenüberstehenden Mächte gelangt und können auch den Vereinigten Staaten hier keine Sonderpolitik im Rahmen der nordatlantischen Partnerschaft gestatten. Die COCOM-Liste gilt für beide Seiten gleichermaßen. Sollte aber ihre jüngst vorgenommene Verschärfung sowie all die anderen amerikanischen Maßnahmen in Wahrheit auf die europäische Wettbewerbsfähigkeit im Welthandel zielen, so sind die Europäer aufgerufen, sich schnell und nachhaltig dagegen zur Wehr zu setzen.

(-/12.12.1986/va-he/hgs)

* * *

